

## Keine Kraft mehr – Stillstand für die Wirtschaft?

**Autor: Andreas Steininger**

Immer häufiger erhalten wir im Institut Anfragen wie etwa: „Was meinen Sie, wann werden die Sanktionen gegen Russland abgemildert oder gar aufgehoben?“; „Glauben Sie, dass Russland noch weitere, schärfere Gegensanktionen erlassen wird?“ Oder einfach: „Was meint Ihr wohl, wie es weitergeht?“

Als wissenschaftlicher Beobachter versucht man dann, aus den gegebenen Umständen ein einheitliches Bild gerinnen zu lassen, was allerdings zunehmend schwierig wird. Dabei drängen sich zurzeit vor allen Dingen folgende Fragen auf: Existiert ein Konzept des Westens, wie der Konflikt um die Ukraine dauerhaft zu lösen ist? Warum hat Russland die Griechenland Krise nicht dazu genutzt, sich in Europa mehr Einfluss zu verschaffen und war lässt sich daraus schließen? Warum hat Russland bei der Iran Frage mit den USA kooperiert, wenngleich dadurch die Gefahr besteht, dass der Ölpreis weiter sinkt? Nein, aus diesen Umständen kann man kaum schließen, dass die Sanktionen demnächst gelockert werden. Vielmehr entsteht ein Mosaik, dessen Steine einfach nicht richtig zusammenpassen:

### **I. Konzeptionslosigkeit nach Minsk II?**

Es war zweifellos eine große Leistung der Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs zusammen mit dem Präsidenten Poroschenko und Putin im Februar 2015 einen Waffenstillstand in Minsk auszuhandeln. Selbst wenn dieser nicht immer und nicht allen Orten lückenlos eingehalten wurde und sich die Kriegsgegner immer noch mit schwerem Gerät einen Frontlinien belauern, so hat dieser Waffenstillstand zumindest zu einer temporären Befriedigung, zu einer Art Einfrierung des Konfliktes geführt.

Danach allerdings scheint es, als sei allen Beteiligten auf halbem Wege die Puste ausgegangen.

Die Bundesregierung verweist im Wesentlichen immer darauf, dass zunächst das Abkommen von Minsk vom Februar 2015 lückenlos eingehalten werden müsse, bevor man weitere Schritte

unternehme. Trotz dieser Bedingungen und trotz der Griechenland-Krise hätte man in dieser Zeit gerade von westlicher Seite aus Vorschläge ausarbeiten können, wie der Konflikt in der Ukraine, der Grundlage für die Eiszeit zwischen Russland und dem Westen ist, gelöst werden könnte.

## 1. Vorschlag für eine föderale Verfassung der Ukraine

So hätte eine Möglichkeit, diese Situation zu entschärfen, darin bestehen können, der Ukraine den Vorschlag einer neuen verfassungsrechtlichen bzw. föderativen Struktur zu unterbreiten, im Rahmen welcher die östlichen Gebiete wesentlich mehr Freiheit, Autonomie und Selbstverwaltung erhalten.

Sicher, die Ukraine ist ein zentralistischer Staat, von ihrer Struktur (auch Infrastruktur) her nicht als Föderation angelegt. In den Ohren der ukrainischen Offiziellen klingt der Vorschlag nach einer Föderation wie der einer Abspaltung der Ostukrainer, so dass man schon bereits das Wort der Föderalisierung als Berater nicht in den Mund nehmen darf. Auch hat man sicherlich von Seiten der Zentralregierung die Befürchtung, dass sich in diesem Fall noch andere Landesteile selbstständig machen könnten. Daher kann man gegenüber ukrainischen Regierungsvertretern nur von „Dezentralisierung“ oder „Regionalisierung“ sprechen.

Gleich aber, wie man ein solches Projekt nennt: es muss ein konkreter Vorschlag zu einer föderalen Struktur her, mit dem auch der Westen wieder die Initiative zur Lösung dieses Konfliktes vor seiner Haustür übernehmen und nicht Putin die Möglichkeit lassen würde, Fakten zu schaffen. Vorbild hierfür hätte etwa die Autonomie Südtirols gegenüber Rom sein können.

Professor Dr. Otto Luchterhandt, der auch Mitglied der Kommission zur Beratung einer Novelle der ukrainischen Verfassung ist, erklärte bei den wirtschaftspolitischen Gesprächen unseres Instituts am 3. Juli 2015, dass man von Seiten der ukrainischen Administration den Entwurf für die Novellierung einer ukrainischen Verfassung entwickelt habe, der allerdings keinerlei Sonderregelungen für die Ost-Ukraine bzw. die russisch geprägten Gebiete Donezk und Lugansk aufwies.<sup>1</sup> Diese war allerdings im Minsker Waffenstillstandsübereinkommen so vereinbart worden.

## 2. Sonderregelung für Donezk und Lugansk

Erst auf Druck der Europäischen Union wurde am 15. Juli 2015 diesen Gebieten ein gewisser Autonomiestatus zugestanden, indem in den Schlussbestimmungen zur neuen Verfassung die Regelung aufgenommen wurde, dass auf Gesetzgebungsebene für Donezk und Lugansk ein Sonderstatus geschaffen werden muss.<sup>2</sup> Diese Episode zeigt, dass auch die ukrainische Regierung teilweise nur schwer zu bewegen ist, von ihrem Standpunkt abzurücken.

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu auch den Tagungsbericht von Herrn Professor Doktor Schramm in diesem Ost/Letter Nr. 6.

<sup>2</sup> Siehe dazu ausführlich Schramm in diesem Ost/Letter, Ost/Letter 6.2, Kurzberichte aus der Ukraine und GUS.

Eine andere Handlungsalternative zur Lösung des Ukraine Konfliktes könnte auch darin bestehen, einen multilateralen Vertrag anzustreben, der die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine beinhaltet. Eine derartige Vereinbarung hätte allerdings Russland mit einbeziehen müssen. Damit sich die Situation nicht völlig zementiert und nicht nur die Beziehungen sondern auch die Wirtschaft weiter Schaden nehmen, ist Eile angesagt. Somit bleibt der vielleicht wichtigste Konflikt in Europa zurzeit sogar ohne wirklichen Lösungsansatz.

## II. Warum hat Russland Griechenland nicht „gekauft“?

Während der Griechenland-Krise wurde unter anderem auch von vielen deutschen Politikern die Sorge geäußert, Russland könne sich aufgrund seiner großen Devisenreserven von gegenwärtig schätzungsweise 350 Milliarden US-Dollar in Griechenland mehr oder weniger „einkaufen“ und als Gegenleistung von der griechischen Regierung verlangen, dass diese als Mitglied der Europäischen Union die Europäer dazu zwingen könne, die harte Haltung gegenüber Russland in Form von Sanktionen aufzugeben und als NATO-Mitglied dem antirussischen Kurs der NATO entgegenzuwirken. Eine derartige Intervention erfolgte jedoch nicht.

Ist also Russland wirtschaftlich die Puste ausgegangen?

### 1. Russland ist in schwieriger wirtschaftlicher Lage

Stellvertretend für viele in der russischen Administration sagte der Präsident der russischen VTB-Bank Andrej Kostin, dass Russland schlicht nicht in der Lage sei, trotz großer Währungsreserven, die griechische Regierung von ihrer Schuldenlast von etwa 320 Milliarden US-Dollar zu befreien.<sup>3</sup> Er führte sinngemäß weiter aus, dass Russland gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Sanktionen andere Probleme habe, als dritten Staaten zu helfen.

### 2. Kein Vertrauen gegenüber Griechenland

Auch habe Griechenland bislang die geltenden Sanktionen gegenüber Russland auf politischer Ebene in Brüssel unterstützt. Dabei schwingt auch das Misstrauen gegenüber Griechenland mit, dass man sich nicht sicher ist, ob Griechenland im Falle einer Unterstützung durch die russische Regierung tatsächlich für die Aufhebung der Sanktionen im Rahmen der Europäischen Kommission stimmen würde. Der griechischen Regierung sei es auch bewusst, dass sie sich nicht so ohne weiteres auf die Seite Russlands stellen können, ohne sämtliche westliche Partner, die USA, insbesondere sowie die

---

<sup>3</sup> (<http://ria.ru/economy/20150704/1113387931.html#ixzz3fJOK3IRY>)

Staaten der Europäischen Union dauerhaft zu verprellen und das Vertrauen gegenüber Griechenland zu zerstören.

Insofern hat man sich in Russland offensichtlich gegen die Unterstützung Griechenlands entschieden, da man zum einen so viel Kapital kaum aufbringen kann, das nötig wäre, um Griechenland wirklich signifikant zu helfen. Zum anderen ist man sich wohl nicht sicher, was man von griechischer Seite hierfür erhielte. Also lässt man es lieber gleich.

Folglich waren auch die von westlicher Seite geäußerten Bedenken, Russland könne sich Griechenland quasi finanziell einverleiben, zu kurz gegriffen.

### **III. Verkehrte Welt? Das Atomabkommen mit dem Iran und der Dank Obamas**

Man muss sich schon die Augen reiben, wenn man liest, dass der Präsident der vereinigten Staaten, deren designierter militärischer Oberbefehlshaber noch kürzlich Russland als die größte Bedrohung für die USA ausgemacht hat, sich ausdrücklich bei Russland für die Unterstützung bei den Atomgesprächen mit dem Iran bedankt.<sup>4</sup>

Noch weniger verständlich ist dabei, warum Russland im Streit zwischen Iran und den USA wohl tatsächlich positiv vermittelt hat. Denn durch eine Annäherung des Iran an die USA dürfte es wieder zu einer Lockerung der Sanktionen gegenüber dem Iran kommen, so dass dieser zumindest wieder mehr Öl exportieren dürfte. Dies wiederum wird zwangsläufig zur Folge haben, dass die Menge verfügbaren Öles auf dem Weltmarkt steigt und somit der Ölpreis zwangsläufig sinken wird. Es handelt sich um eine wirtschaftliche Konsequenz, die Russland eigentlich alles andere als recht sein dürfte. Denn Russland ist ohne Zweifel vom Ölexport und einem Ölpreis von über 60 bis 70 US-Dollar je Barrel abhängig. Der niedrige Ölpreis hat – im Gegensatz zu den Sanktionen der EU – vor allen Dingen zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation innerhalb Russlands geführt. Der Ölpreis war letztlich auch verantwortlich für den Sturz des Rubels, was wiederum das größte wirtschaftliche Problem für Russland darstellte. Mittlerweile wurde sogar der Haushalt angepasst.<sup>5</sup> Insofern konnte es Russland eigentlich nur recht sein, wenn der Konflikt zwischen dem Iran und den USA weiter schwelte und der Iran seine Förderung nicht oder kaum ins Ausland verkaufen kann.

Hier lässt sich deutlich erkennen, dass die russische Administration nicht unbedingt immer wirtschaftlich denkt und agiert. Es geht vielmehr um einen weltpolitischen Anspruch, um Einfluss, um Größe, vielleicht nicht auch zuletzt darum, den USA zu beweisen, dass man eben doch keine Regionalmacht ist. Und dies wollte man wohl aus Sicht Russlands mit der Unterstützung bei den

---

<sup>4</sup> <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-07/barack-obama-wladimir-putin-iran-dank>.

<sup>5</sup> Siehe dazu in den Kurznachrichten dieses Ost/Letters 6.2. – 2015.

Atomverhandlungen erreichen. Auch diese Reaktion Russlands lässt wenig Hoffnung zu, dass man aufgrund wirtschaftlicher Umstände von der bisherigen Politik abweicht, was wiederum bedeutet, dass die Sanktionen voraussichtlich anhalten werden.

#### **IV. Stagnation: Trübe Aussicht für die Wirtschaft**

Die Zustimmung für die harte Haltung des russischen Präsidenten gegenüber dem Westen innerhalb der russischen Bevölkerung ist ungebrochen.<sup>6</sup> Die wirtschaftliche Lage sicherlich nicht gut. Jedoch hat sich der Rubel auf einen niedrigen Wert stabilisiert und die wirtschaftliche Lage ist bei weitem nicht schlimm genug, um Widerstand innerhalb der Bevölkerung an der Politik Putins aufkommen zu lassen. Besonders bedauerlich ist auch, dass die privilegierte Stellung, die deutsche Unternehmen bislang in Russland genossen, dahin zu sein scheint.

Der Westen hat nach dem Waffenstillstandsabkommen Minsk II bislang mit Konzeptionslosigkeit gegläntzt, was vielleicht auch an der Eskalation der Griechenland-Krise lag. Vor allen Dingen wäre nötig gewesen, ein Konzept für eine föderative Verfassung der Ukraine vorzulegen, die zumindest als Diskussionsgrundlage für weitere Verhandlungen über das Schicksal der Ukrainer hätte dienen können. Ein Beispiel hierfür hätte eine Variante des Sonderstatus von Südtirol gegenüber Rom sein können.

Auch ein Abkommen über eine finanzielle Unterstützung der Ukraine, das Russland mit einschließt, wäre hier durchaus denkbar gewesen. In Sicht ist jedoch weder einen greifbarer Verfassungsvorschlag, noch ein multilaterales Abkommen.

Sicherlich dürfte der Groll innerhalb der deutschen Wirtschaft gegenüber den Sanktionen gegen Russland in den nächsten Monaten wachsen, insbesondere deswegen, weil andere Länder, vor allen Dingen die USA, von der gegenwärtigen Krise profitieren. Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass dieser Druck von Seiten der Wirtschaft ausreicht, damit der Bundeswirtschaftsminister bei den nächsten Entscheidungen über die Sanktionen gegen Russland im Januar 2016 versucht, diese von der Europäischen Union abmildern oder gar aufheben zu lassen.

Insofern bleibt lediglich die trübe Aussicht, dass der Status quo gehalten wird mit dem Effekt, dass jeden Monat, dieser Status weiter anhält, andere Unternehmen immer insbesondere aus Fernost und China, auf dem russischen Markt drängen.

---

<sup>6</sup> Vgl. Angaben des Lewada-Zentrums, des russischen Meinungsforschungsinstituts, das auf der von Freedom House veröffentlichten Liste der unabhängigen analytischen Zentren Europas steht: <http://www.levada.ru/23-07-2015/iyulskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya>.